

Manuela Schwesig: Die AfD ist böse!

Veröffentlicht am 31.08.2017 von JouWatch

Bekanntlich werden fast täglich AfD-Politiker und Wahlkampfshelfer von Linken verfolgt, angegriffen und manchmal sogar zusammengeschlagen.

Bekanntlich darf die AfD ihre demokratischen Grundrechte nicht wahrnehmen und sich versammeln, weil Wirte von den Linken bedroht und erpresst werden.



Foto: Manuela Schwesig (über dts Nachrichtenagentur)

Gerade gestern hat Thomas Schmid in der „Welt“ die AfD-Gaulands als widerwärtiges Gebilde bezeichnet.

Und bekanntlich hat Frau Schwesig kein Problem mit den Linksradiakalen in unserem Land.

→ Nun aber äußert sie sich über den Lieblingsfeind aller Antidemokraten, die AfD.

Die dts-Nachrichtenagentur vermeldet:

- „Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und Vize-Bundeschefin der SPD, *Manuela Schwesig*, hat ein neues Ausmaß rassistischer Beleidigungen im aktuellen Wahlkampf beklagt. In der „*Mitteldeutschen Zeitung*“ (31.08.2017) macht sie dafür Parteien wie *NPD* und *AfD* verantwortlich, fordert aber auch entschiedeneres Handeln von Bundeskanzlerin *Angela Merkel*. Die ganze Gesellschaft müsse „*immer wieder klar sagen, dass solche rassistischen und menschenfeindlichen Haltungen keinen Platz bei uns haben*“, sagte Schwesig der Zeitung.

Sie kritisierte rassistische Angriffe auf die Integrationsbeauftragte *Aydan Özoguz* (SPD) sowie auf den afrikanisch-stämmigen SPD-Kandidaten in Halle an der Saale, *Karamba Diaby*, aber auch die gehäuften Störungen von Wahlkampfveranstaltungen durch Flüchtlingsgegner, etwa am Dienstagabend bei einem Auftritt von *Angela Merkel* in Bitterfeld. Die Angriffe seien „*widerwärtig*“, so Schwesig, kämen aber nicht nur aus dem *NPD*-Umfeld: „*Es gibt auch in der AfD Rassisten und Extremisten.*“ Das werde „*durch die unsäglichen Äußerungen von Herrn Gauland über Aydan Özoguz sehr deutlich*“.

Die AfD habe lange Zeit versucht, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben, „*aber in Wahrheit hat sie immer diese rassistische und extremistische Haltung vertreten*“, so Schwesig. „*Die AfD macht Politik wie Donald Trump. Und die Bürgerinnen und Bürger müssen sich genau überlegen, ob sie wollen, dass Politiker wie Donald Trump im Bundestag sitzen.* Aber auch die Bundesregierung müsse mehr tun, um das Engagement gegen Rassismus zu fördern.

„Wir unterstützen zwar Anti-Extremismus-Projekte durch den Bund mit 100 Millionen Euro“, so Schwesig: „Aber diese Förderung läuft 2019 aus.“ Sie verstehe nicht, „warum die Kanzlerin und die Union ein Gesetz blockieren, das die Bundesregierung gewissermaßen zur Förderung solcher Projekte verpflichten würde“, sagte Schwesig.“

Aber genau einen Donald Trump benötigt Deutschland, um den linken Blockparteien im Bundestag das Fürchten zu lehren und um die Anti-Extremismus-Projekte auch mal in die andere Richtung zu lenken, auch wenn Frau Schwesig damit Probleme kriegen würde.